

Die Stunde der Moralisten

Gastkommentar von FDP-Präsident Philipp Müller zum Wirbel um Johann Schneider-Ammann

Seit zehn Tagen prügelt die veröffentlichte Meinung auf die Steuerstrategie der Ammann-Gruppe ein. Von einer externen Untersuchung der Berner Steuerbehörde bis hin zum Rücktritt von Bundesrat Schneider Ammann werden immer abenteuerlichere Forderungen lanciert.

Fakt ist, dass die Ammann-Gruppe im Rahmen des Gesetzes die Steuerlast reduziert hat. Die Steuerbehörden haben ihr dafür eine verbindliche, zustimmende Auskunft erteilt. Zudem haben sie am Freitag bestätigt, dass sich die Ammann-Gruppe und ihr ehemaliger Patron absolut gesetzeskonform verhalten haben. Trotzdem wird beiden weiter vorgeworfen, zwar legal, aber unmoralisch gehandelt zu haben.

Dieser Vorwurf ist verlogen, denn:

> Handelt jemand unmoralisch, der sein Auto selber importiert und so einheimischen Garagen Einkommen und als Folge dem Staat Steuern entzieht?

> Oder wer über das Internet billiger Bücher, Kleider und andere Waren aus dem Ausland bestellt?

> Wer jenseits der Schweizer Grenze einkauft, damit dem heimischen Gewerbe

Arbeit und Verdienst und dem Schweizer Fiskus Steuersubstrat entzieht?

> Wer in der Schweiz sein Grundrecht der Niederlassungsfreiheit wahrnimmt und seinen Wohnsitz in einen Kanton mit tieferen Steuern verlegt?

> Wer generell im Rahmen der wirtschaftlichen und gesetzlichen Möglichkeiten Vorteile sucht?

Wer diese Fragen mit Ja beantwortet, sagt, dass eine erfolgreiche liberale Volkswirtschaft wie die Schweiz, die auf Wettbewerb und damit dem Suchen nach Vorteilen basiert, unmoralisch ist. Ich habe eine andere Sicht: Solange alle Gesetze und Regeln eingehalten werden, kann jeder seine Moralvorstellungen selber definieren und obige Fragen mit Ja oder Nein beantworten. Der Unternehmer trägt Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitern. Das verpflichtet ihn, legal Kosten – auch Steuern – zu senken, um Arbeitsplätze zu sichern. Genau das hat die Ammann-Gruppe mit ihrer Steu-

FDP-Präsident Philipp Müller. HO



erstrategie gemacht: Sie hat 1300 Stellen und 130 Lehrlingsplätze in der Schweiz gesichert. Als Unternehmen hat sie gesetzeskonform und korrekt gehandelt. Doch das Kesseltreiben zielt nicht nur auf einen Bundesrat. Wer definiert die Moral, die mehr gelten soll als das Gesetz? Welche Legitimität haben jene, die sich anmassen, diese Moral zu definieren? Meiner Ansicht nach keine! In der Schweiz werden Gesetze durch demo-

kratisch gewählte Parlamente erarbeitet und Bürger bestimmen an der Urne mit. Dank dieser Mehrheitsentscheide decken sich Recht und Moral weitestgehend. Ändern sich Werte, können Bürger und Parlament die Gesetze ändern. Das akzeptieren die Kritiker nicht, die Skandalisierung wird zum politischen Zweck. Statt Demokratie wollen sie ein Regime der Moralisten. Ihre politisch fabrizierte Moral soll über dem Recht stehen. Heute jubeln sie: Eine medial organisierte Gruppe verurteilt ein rechtmässiges Verhalten als unmoralisch und will den Bundesrat stürzen sehen. Politisches Blut riechendes Publikum hebt oder senkt auf Facebook den Daumen. Mit direkter Demokratie, in der vertieft und sachlich um die Zweckmässigkeit von Gesetzen gerungen wird, hat das nichts zu tun.

Zu was das führt, kann man der Geschichte der Französischen Revolution auf dem Weg zur Umsetzung grundle-

gender Werte und Ideen der Aufklärung – Freiheit, Brüderlichkeit, Gleichheit – entneihen: Zu einer zeitweisen jakobinischen Diktatur der Moralisten, die das Volk aufhetzen und innert kürzester Zeit und mit willkürlicher Auslegung von Moral unliebsame Gegner stürzen. Wie während der zweiten Phase der Französischen Revolution wird die Moral durch die (politische) Guillotine bestimmt. Damals rechtfertigte Revolutionsführer Robespierre seinen unzählige Opfer fordernden Terror mit dem Ziel der Tugend. Im «Tugendstaat» seien «das Volk durch Vernunft zu leiten und die Feinde des Volkes durch Terror zu beherrschen». Heute sind die Mittel ziviler, aber weiterhin effizient. Selbst erklärte Moralisten definieren, was Moral ist – oder eben Tugend.

Damit zerstören sie den Rechtsstaat und damit den Schutz vor Willkür durch Staat und Dritte. Wer die Informationen über die Steuerstrategie der Ammann-Gruppe den Medien zuspielte, hat das Steuergeheimnis verletzt und ist ein Gesetzesbrecher. Darüber spricht niemand, denn bei der Inquisition sind vor dem Gesetze nicht mehr alle gleich: Wer Moralisten der veröffentlichten Meinung auf seiner Seite hat, darf elementare Rechte anderer mit den Füßen treten.